

worden. Zum einen handelt es sich um den Russausstoss der Postautos. Es gibt heute die Technologie, um den Russausstoss zu vermindern. In der Antwort der Regierung wurde uns bestätigt, dass die in Verkehr befindlichen Postautos mit entsprechenden Filtern ausgerüstet werden, wenn dies machbar ist. Neue Fahrzeuge müssen solche Filter aufweisen. Wir verfolgen übrigens mit Interesse den Versuch in der Stadt Zürich, Busse auf Gasantrieb umzurüsten. Sollte ein positives Ergebnis herauskommen, wäre dieser Lösung der Vorzug zu geben.

Eine andere Anfrage betrifft das Mitführen von Fahrrädern im Postauto. Nach Auskunft von Regierungsrat Büchel bzw. der PTT hat sich hier noch keine ideale Lösung herausgeschält, nachdem die Postautos in Liechtenstein ohne Postanhänger verkehren. Für die Fahrt nach Planken können allerdings einige Velos im Kofferraum mitgeführt werden, wenn das grössere Fahrzeug im Einsatz ist. Wenn hierfür Interesse besteht, ist es sinnvoll, dies mit dem Postautohalter direkt abzusprechen.

## Landwirtschaftliche Beratung: ja, aber •••

Derzeit wird in einschlägigen Kreisen über die Einrichtung einer landwirtschaftlichen Beratungsstelle diskutiert. Die einen bevorzugen eine Beratungsstelle, die vom Bauernverband geführt wird, die anderen schätzen eine staatliche Beratungsstelle positiver ein. Einig ist man sich im Grundsatz, dass die Beratung der liechtensteinischen Landwirte verbessert werden muss.

Die LGU vertritt die Meinung, dass eine feste Beratungsstelle – sei es beim Bauernverband, sei es beim Land – keine ideale Lösung darstellt. Ein einzelner Berater kann die heutigen Anforderungen nicht erfüllen. Wir haben Ackerbau-, Mast- und Milchbetriebe, die einen produzieren konventionell, die anderen integriert, einige biologisch. Eine qualitativ hochstehende Fachberatung kann daher nicht von einer einzigen Person geleistet werden. Wir sprechen uns daher dafür aus, dass die Beratung und nicht die Beratungsstelle subventioniert wird. Jeder Landwirt kann sich dann die Beratung selbst auswählen. Dieses System ist nicht nur flexibler, sondern auch wirkungsvoller und findet zudem die nötige Akzeptanz bei den Landwirten.

## Vernehmlassungen

Immer wieder werden wir zu Vernehmlassungen eingeladen. Momentan müssen wir uns noch zum Baugesetz, dem Waldgesetz und dem Rheingesez Gedank machen. Seit den letzten LGU-Mitteilungen haben wir uns zum Gesetz über die

Förderung des öffentlichen Verkehrs und dem Abfall-Leitbild geäußert, sowie eine Stellungnahme zum Schalenwildgutachten (siehe Beitrag über Wintergatter) abgegeben.

Das Gesetz zur Förderung des öffentlichen Verkehrs ist ein Rahmengesetz mit

wenigen konkreten Aussagen. Wir haben uns teilweise für griffigere Formulierungen ausgesprochen. Das Abfall-Leitbild findet unsere Zustimmung. Es geht jetzt nur darum, die Ideen, die im Leitbild formuliert sind, innert nützlicher Frist zu realisieren.



## Naturschutzgebiet Gutenberg?

Am 26. März haben wir alle involvierten Kreise zu einer Diskussion über die Zukunft der Burg und des Burghügels Gutenberg eingeladen: Gemeindevorsteherung und Umweltschutz-Kommission Balzers, Rebbaugenossenschaft Gutenberg, Landesforstamt, Landesplanung, Botanisch-Zoologische Gesellschaft, Historischer Verein (Abteilung Ausgrabungen), Schräglift-Referendumsleute, Bildungshaus Gutenberg und wir waren vertreten. Die Diskussion war von gegenseitigem Verständnis geprägt. Es war für alle eine informative Runde, an welcher die

jeweiligen Wünsche und Zukunftsvorhaben vorgestellt wurden, um sie gegeneinander abstimmen zu können.

Sehr erfreulich ist aus unserer Sicht zu werten, dass keine Widerstände vorhanden sind, den Burghügel Gutenberg unter Naturschutz zu stellen. Schon vor Jahren wurde darüber diskutiert, ohne das Vorhaben zu realisieren. Jetzt kann also ein neuer Anlauf genommen werden, um den einzigartigen Pflanzenstandort Gutenberg gesetzlich zu schützen. Die Idee, im

Junkerried einen Weiher zu schaffen, der teils Naturschutzzwecken vorbehalten, teils der Öffentlichkeit zugänglich sein soll, könnte in diesem Zuge allenfalls mit verwirklicht werden. Wir werden dieses Anliegen auf jeden Fall weiterverfolgen.